

Bischofskonferenz. Bruch zwischen Piusbrüdern und Rom Erzbischof Zollitsch

Hamburg. Die Deutsche Bischofskonferenz rechnet mit einem endgültigen Bruch zwischen der erzkonservativen Piusbruderschaft und Rom. Wenn die Traditionalisten nicht das Zweite Vatikanische Konzil (1962-1965) und die Autorität des Papstes samt Weisungsbefugnis anerkennen, "dann gibt es für sie keinen Platz in der Kirche", sagte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch, am Montag in Hamburg. "Dann wäre die Folge, dass tatsächlich festgestellt wird, sie gehören nicht dazu. Die Exkommunikation tritt wieder in Kraft", sagte Zollitsch zu Beginn der Frühjahrsvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz in Hamburg. Zollitsch kündigte an, nächste Woche Papst Benedikt XVI. in Rom zu treffen und ihm dabei die Haltung der deutschen Bischöfe vermitteln.

Benedikt XVI. hatte im Januar die seit 1988 bestehende Exkommunikation aller vier Bischöfe der Piusbruderschaft, darunter der Holocaust-Leugner Richard Williamson, aufgehoben in der Hoffnung, eine endgültige Kirchenabspaltung zu verhindern.

Es liege jetzt an der Piusbruderschaft, sich ganz klar zu dem zu bekennen, was von ihnen verlangt wird, sagte Zollitsch. "Die Äußerungen, die bisher von dort gekommen sind, genügend keineswegs, ja sie sind für mich eher enttäuschend. (...) Wenn nicht ein kleines Wunder geschieht, fürchte ich, dass das Ganze zu keinem positiven Ergebnis führen wird", sagte er.

Die 68 Bischöfe, die rund 25 Millionen Katholiken in Deutschland repräsentieren, tagen noch bis Donnerstag in Hamburg und werden auch über die Piusbruderschaft diskutieren.

Für Zündstoff sorgten auch Äußerungen des Augsburger Bischofs Walter Mixa vor Beginn der Tagung. Mixa hatte auf einer CSU- Veranstaltung die Zahl der Abtreibungen in Deutschland mit dem Holocaust in Verbindung gebracht. "Bischof Mixa sagte mir, das habe in zwei verschiedenen Teilen seines Vortrages gestanden. Er habe von seiner Intention her keinen Zusammenhang herstellen wollen zwischen Holocaust und Abtreibung", sagte Zollitsch. Mixa selbst wollte keine Stellungnahme zu dem Thema abgeben.

Grünen-Chefin Claudia Roth forderte von Mixa eine Entschuldigung für seine umstrittene Äußerung. "Wenn Mixa Schwangerschaftsabbrüche in Relation zum Holocaust setzt, dann ist das eine unerträgliche Relativierung des Holocaust, ein Vergleich, der die Opfer entwürdigt und das Selbstbestimmungsrecht von Frauen und das Handeln von Ärzten in die Nähe der schlimmsten Nazi-Verbrechen rückt", sagte Roth am Montag in Berlin. "Bischof Mixa muss sich entschuldigen, er muss seine Äußerungen schnellstmöglich zurücknehmen." Auch der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma und der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen im Bundestag, Volker Beck, äußerten massive Kritik an dem Bischof.

Bereits vor Beginn der viertägigen Tagung trafen sich Vertreter der Deutschen Bischofskonferenz (DBK), des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der Allgemeinen und der Orthodoxen Rabbinerkonferenz in der Hamburger Talmud-Thora Schule. Die Ereignisse und Irritationen um den Umgang der katholischen Kirche mit der Piusbruderschaft habe das gewachsene Vertrauensverhältnis der Christen und Juden in Deutschland "zwar belastet, aber nicht nachhaltig stören können", teilte die DBK mit. Die kritischen Punkte seien "in großer Offenheit und mit hoher Authentizität angesprochen worden, so dass neues Zutrauen zueinander für den gemeinsam zu gestaltenden Weg in die Zukunft gewonnen wurde".

Erstmals in ihrer Geschichte tagt die Deutsche Bischofskonferenz in Hamburg. Da es keine dafür geeignete

kirchliche Einrichtung gibt, sind die Bischöfe erstmals in einem Hotel untergebracht. Mit einem Gottesdienst in der Domkirche St. Marien wurde die Frühjahrstagung eröffnet. Offiziell im Mittelpunkt der Beratungen steht die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. **Zum Thema Piusbruderschaft hat die Kirchengvolksbewegung "Wir sind Kirche" eine klare Stellungnahme der Bischöfe gefordert. Sie will dem Sekretär der DBK an diesem Dienstag eine Petition überreichen, die "die uneingeschränkte Anerkennung der Beschlüsse des Zweiten Vatikanischen Konzils" fordert.** (dpa)

Zuletzt geändert am 03.03.2009